

882/J XXI.GP

ANFRAGE

der Abgeordneten G. Moser, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Justiz

betreffend Reisen

Wiederholt bemängelte der Bericht über die Lage der VerbraucherInnen verschiedene Missstände im Reisegewerbe.

Umstrukturierungs - und Konzentrationsprozesse kennzeichnen das Geschehen am Reisemarkt. Durch die Umsetzung der EU - Pauschalreiserichtlinie wurden neue rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen, wodurch ein besserer Schutz für die VerbraucherInnen gewährleistet sein soll. Bei der Anwendung der Richtlinie zeigten sich jedoch einige Mängel und Schwächen, sodass die VerbraucherInnen nach wie vor vor erheblichen Problemen stehen.

Außerdem erstreckt sich die Reiseinsolvenz - Verordnung nur auf inländische Reiseveranstalter.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Werden Sie sich für die Beseitigung der Mängelrügepflicht der VerbraucherInnen einsetzen?
2. Wenn nein, warum nicht?
3. Wenn ja, in welcher Form?
4. Auf welche Weise werden Sie eine Gleichwertigkeit der Ersatzreisen erwirken, die vom Reiseveranstalter im Fall seines Rücktritts anzubieten ist?
5. In welcher Form werden Sie dafür eintreten, dass entsprechend den Regelungen in der BRD den VerbraucherInnen Schadenersatz für vergebene Urlaubszeit bei erheblichen Beeinträchtigungen einer Reise gewährt wird?

6. Wenn nein, warum nicht?
7. Wenn ja, in welcher Höhe soll sich der Schadenersatz bewegen?
8. Welche Schritte werden Sie unternehmen, dass der Anwendungsbereich der Reiserechtsbestimmungen auch auf Ferienhausmieten ausgedehnt werden?
9. Wie beurteilen Sie eine Änderung der Stornosätze, nach der ein „Storno“ als pauschalierter Schadenersatz vorgesehen wird, sodass die unterschiedlichen Folgen von Stornierungen durch VerbraucherInnen oder ReiseveranstalterInnen ähnlich geregelt werden?
10. Werden Sie darauf dringen, dass die Wiedereinrichtung einer Reisebüroschlichtungsstelle erfolgt, nachdem sie in ihrer paritätischen Besetzung 1997 im Wirtschaftsministerium aufgelassen wurde?
11. In welcher Form werden Sie dafür Sorge tragen, dass die Reiseinsolvenz - Verordnung auch auf Gewährleistungsansprüche und Gewinnreisen ausgedehnt wird?
12. Werden Sie sich für eine EU - weite Evidenzstelle einsetzen? Wenn nicht, warum nicht?